

Grußwort von Cemile Giousouf, Fachabteilungsleiterin der Bundeszentrale für politische Bildung, bei der Auftaktveranstaltung des Modellprojektes „BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!“

9.12.2019, Bundeskanzleramt, Berlin

***Es gilt das gesprochene Wort!***

Sehr geehrte Frau Staatsministerin,  
sehr geehrter Herr Dr. Pfeffer-Hoffmann,  
sehr geehrte Frau Dr. Schu,  
sehr geehrte Partnerinnen und Partner des Projektes BePart!

Ich entschuldige mich bereits jetzt für die Textpassagen, die ich gleich zitieren werde. Es sind Zumutungen der fürchterlichen Art, aber sie zu zitieren erscheint mir für das Thema der heutigen Veranstaltung notwendig.

Am 27.10. erhielt der Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir eine E-Mail, die – ich zitiere aus der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* – so begann:

*Sehr geehrter Herr Özdemir, wir möchten auch nun Ihnen persönlich gratulieren. Auch Sie linke Türkensau haben es nun auf unsere Todesliste geschafft, wir heißen Sie herzlich willkommen.*

Am 2.12. twitterte die Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli den Inhalt eines an sie gerichteten Schreibens:

*Sehr geehrte Sawsan Chebli, auch du N\*-liebhaberin hast es nun auf unsere Todesliste geschafft und hast hiermit offiziell den dritten Platz auf der Liste eingenommen.*

Diese Bedrohungen treffen nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund. kommunalpolitisch Engagierte, Journalisten und Journalistinnen, Ehrenamtliche: Alle, die sich für eine offene Gesellschaft aussprechen, für Flüchtlinge engagieren oder Integrationsarbeit machen, müssen befürchten Opfer von Hass und Hetze zu werden — im Netz oder im realen Leben.

Walter Lübcke gehört zu diesen Menschen: Er wurde am 2. Juni 2019 von einem Rechtsextremen ermordet, weil er sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aussprach.

Sehr geehrte Damen und Herren,

In diesen Zeiten, in denen Menschen mit dem Leben bezahlen, weil sie politische Werte vertreten oder einfach nur weil sie einen vermeintlich ausländischen Namen haben, in denen die Grenze des Sagbaren immer weiter nach unten verrutscht, es fast zur Gewohnheit geworden ist, mit Hass und Hetze zu leben, – in solchen Zeiten wirkt ein Projekt namens *BePart*, das dazu aufruft Teil zu sein, sich zu beteiligen, wie aus der Zeit gefallen und an den gesellschaftlichen Herausforderungen vorbeilaufend.

Ist dies eine Gesellschaft, an der ich teilhaben will? Ist dies eine Gesellschaft, für die engagiert zu sein sich lohnt?

Ich finde. Jetzt erst recht.

Die, die hier bedroht wurden, die um ihr Leben fürchten müssen, sind nicht der Deutsch-Türke, die Deutsch-Palästinenserin oder der Deutsch-Deutsche. Wenn die Würde des Menschen angetastet wird, Menschen das Recht auf Leben in zynischster Art und Weise abgesprochen wird, die Gleichheit aller Menschen in Frage gestellt wird, dann geht es um das Ganze. Dann geht es um unsere offene und plurale Gesellschaft, deren Voraussetzung das Grundgesetz und die Menschenrechte sind. Es geht um eine demokratische Gesellschaft, die alle schützt und in der ein Angriff auf Einzelne ein Angriff auf alle ist.

Nicht Alexander Gaulands „wir holen uns unser Land zurück“, sondern „Alle sind das Volk“, wie es Bundeskanzlerin Angela Merkel am 3. Oktober 2016 formulierte.

Unter dieser Prämisse steht dann nichtmehr das *Ob*, sondern das *Wie* der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe zur Diskussion. Michael Wildt, Historiker an der Humboldt-Universität hier in Berlin hat das in seiner kleinen aber erhellenden Schrift „Volk, Volksgemeinschaft, AfD“, die auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung verfügbar ist, auf diese Weise formuliert:

Grußwort Cemile Giousouf, Fachabteilungsleiterin bpb, Auftakt „BePart“  
9.12.2019, Berlin

*Es gilt das gesprochene Wort!*

2/6

*Wenn Demokratie die Anerkennung der gleichen Freiheiten aller ist, dann wäre es an der Zeit, nicht mehr das Volk in den Mittelpunkt einer demokratischen Ordnung zu stellen, sondern konkrete Menschen, die über gleiche Rechte verfügen, die es zu schützen gilt, gleich aus welchem Land sie kommen, an welchem Ort sie wohnen. [...] Es gibt allen Grund in einer Migrationsgesellschaft, verschiedene politische Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, egalitäre Verfahren auf unterschiedlichen Ebenen einzurichten, Legitimität für Entscheidungen bei denen zu gewinnen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind, vor allem aber den Betroffenen selbst eine Stimme in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um politisches Handeln zu geben.*

(Michael Wildt. *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*. Hamburg: Hamburger Edition 2017, 141f.)

Das ist nach meinem Verständnis auch das Wesentliche des sehr überzeugenden Projektes *BePart*: genau diese von Wildt angesprochenen Partizipationsmöglichkeiten auszuleuchten, zu erforschen, zu finden. Partizipation, Teil sein, teilhaben ist nämlich eben so wenig wie Demokratie etwas das Menschen zufällt oder gar zusteht. Das partizipative Subjekt falle nicht vom Himmel schreibt die Philosophin und Publizistin Isolde Charim in ihrem Buch *Ich und die Anderen*. Es brauche „eine Anrufung, einen Vorgang, in dem es hergestellt und aktualisiert wird“.

Teilhabe, meine Damen und Herren, ist gewissermaßen die DNA politischer Bildung. Engagement zu fördern, die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken ist Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung.

Bei der Erfüllung dieses Auftrages und Anspruchs sind wir allen in Deutschland lebenden Menschen gleichermaßen verpflichtet. Staatliche politische Bildung, eine demokratisch verfasste allemal, hat immer den Anspruch und den Auftrag alle Menschen zu erreichen. In dieser Perspektive erklärt sich unser Engagement für dieses Projekt: Da, wo die gesellschaftliche und politische Teilhabe von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte nicht derjenigen von Menschen mit

sozusagen familiärer Sesshaftigkeit entspricht, sollten wir mit den Menschen, die das betrifft, erörtern. Nicht über sie, nicht ohne sie.

Denn wenn wir das nicht tun — wenn wir nicht dafür sorgen, dass alle Menschen gleiche Partizipationsmöglichkeiten haben, dass sich unsere Gesellschaft in unseren Parlamenten widerspiegelt, — das betrifft im Übrigen auch das Thema Geschlecht, unterschiedliche gesellschaftliche Schichten und Berufsgruppen, dann haben wir ein Demokratieproblem. Wenn eine nicht-repräsentative Minderheit über die Belange der Mehrheit entscheidet, haben wir eine Schiefelage, die es zu beheben gilt.

Schauen wir uns das etwas genauer an:

Der Anteil wahlberechtigter Menschen mit Migrationshintergrund mit fast 7 Millionen Menschen und ca. 10 Prozent aller Wahlberechtigten hat eine Größenordnung erreicht, die Parteien und politische Institutionen nicht mehr unbeeindruckt lassen kann. Zu diesen Wahlberechtigten kommen zudem die sogenannten Optionskinder. Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000 sind Kinder, die in Deutschland geboren wurden und deren Eltern bestimmte Voraussetzungen erfüllen, Deutsche qua Geburt. Das sind im Jahr ca. 40.000 Neuwählerinnen und -wähler: Wenn wir uns die Zeitspanne von 2018 — als diese 2000 geborenen Kinder mit 18 also wahlberechtigt geworden sind — bis 2036 anschauen, haben wir 720.000 zusätzliche Wahlberechtigte. All diese Wählerstimmen können wahlentscheidend sein und dürften auch aus wahlstrategischen Gründen nicht vernachlässigt werden. Die Parteien müssten in ihrem eigenen Interesse, dieses Potenzial sehen und nicht brach liegen lassen.

Doch in der Realität ist das Gegenteil der Fall:

Aktuell haben 8,2 Prozent der Bundestagsabgeordneten einen Migrationshintergrund und - zuletzt ermittelt im Jahr 2015 - 4,5 Prozent der Abgeordneten in den Länderparlamenten. Derzeit gibt es kein einziges Kabinettsmitglied oder Minister, Ministerin auf Landesebene mit Migrationshintergrund! Auch hier waren wir schon mal weiter.

Seit Jahren wird von Migrantenselbstorganisationen auf diesen Missstand zurecht hingewiesen: Man habe das Gefühl, dass das Einwanderungsland Deutschland bei diesem Thema Rückschritte mache! Diese Einschätzung teile ich.

Auf der anderen Seite, tragen die MSO auch Verantwortung: Es gehört zu ihren Stärken, Menschen zu motivieren, sich aktiv einzubringen und zu beteiligen. So wie die Migranten nicht eine homogene Masse sind, verlaufen die Prozesse in den Parteien auch sehr unterschiedlich. Diese Erfahrung habe ich in den vielen Jahren politischer Arbeit immer wieder persönlich machen dürfen: Als ich mich während des Studiums erstmals für eine Mitgliedschaft in einer Partei entschied, wurde ich mit offenen Armen empfangen. Man war gespannt auf meine Ideen und Vorschläge. Man brauchte Leute, die Brücken schlagen wollten, einen Zugang zu den Menschen, die vermeintlich in ihren eigenen Vereinigungen unerreichbar schienen. Klar gab es Leute, die mit dem Thema Diversität nicht umgehen konnten, und bei jeder neuen Aufgabe versuchten, mich zu verhindern, aber die Unterstützerinnen und Unterstützer waren immer in der Mehrzahl. Mit ein bisschen Stolz kann ich auch sagen, dass ich am Wochenende in meinem Amt als stellvertretende Kreisvorsitzende in meiner Heimatstadt erneut bestätigt wurde.

Beteiligung fährt immer also sozusagen Zweibahnstraße und braucht immer auch Menschen, die bereit sind nicht locker zu lassen. Es darf in dem Einwanderungsland Deutschland, aber nicht bei einigen Einzelfällen bleiben! Die politischen Parteien brauchen eine verbindliche Öffnungsstrategie. Es kann nicht sein, dass man Migrantinnen und Migranten nur fördert, wenn es gerade gesellschaftspolitisch angesagt ist. Genau das erleben wir heute: Mit dem Erstarken populistischer, bzw. rechtsextremer Parteien, spüren wir eine starke Verunsicherung und Zurückhaltung; Die Angst bei zu progressiven Schritten möglicherweise Wählerstimmen an die Rechten zu verlieren, torpediert zukunftsorientierte und notwendige Schritte. Diese Zurückhaltung ist die falsche Strategie. Im Gegenteil, auf das Erstarken von populistischer Strömungen kann unsere Antwort nur eine starke, repräsentative Demokratie sein — kein ängstliches Wegducken.

Liebe Partnerinnen und Partner,

ich freue mich sehr auf das Projekt BePart. Ich bin sehr gespannt, was Sie erforschen, erarbeiten und ans Tageslicht bringen werden. Und noch mehr, wie schnell wir Ihre Erkenntnisse umsetzen können! Sie bearbeiten ein wichtiges Zukunftsthema für unser Land. Dafür möchte ich Ihnen danken und alles Gute wünschen.

Und ich bedanke mich sehr bei Ihnen, liebe Frau Staatsministerin, dafür dass Sie die Bundeszentrale als Partner in dieses Projekt eingebunden haben und einbinden.

Uns allen wünsche ich einen erkenntnisreichen und anregenden  
Veranstaltungsverlauf!

Herzlichen Dank!